

Presseinformation

Nr. 25 / 2014

Berlin / Augsburg, 18.11.2014

Toleranz im Krankenkassenbetreuungssystem in Deutschland

Die in dieser Woche medientechnisch und politisch gewollte Woche der Toleranz nehmen wir zum Anlass, auf die mangelnde Toleranz in der Versorgung / Behandlung / Betreuung der Bürger im deutschen Gesundheitswesen hinzuweisen. Dazu fordern wir jetzt und für die nächsten Jahre:

1. Toleranz gegenüber allen Bürgern, die wie auch immer erkrankt sind und die Beseitigung der existenten Beurteilung der Menschen als Kostenfaktor.
2. Die Ausrichtung aller vorhandenen räumlichen, technischen, personellen, finanziellen Ressourcen auf eine tolerante, dem individuellen Bedarf des einzelnen Bürgers ausgerichtete Versorgung / Behandlung / Betreuung.
3. Abbau der intoleranten marktwirtschaftlichen Strukturen des Systems der Versorgung / Behandlung / Betreuung der Bürger, die in den letzten Jahrzehnten realisiert wurden und den Preis eines Produktes oder der Maßnahmen der Behandlung in den Vordergrund gestellt haben.
4. Toleranz gegenüber den vielfältig und nachweisbar unter Leistungsdruck und Vergütungs- und Investitionsmangel leidenden Berufsgruppen und Institutionen im Gesundheitssystem und Ausrichtung auf bestmögliche Qualität.
5. Tolerante Nutzung der Finanzmittel, die von den Bürgern in Höhe von ca. 300.000.000.000 Euro zur Verfügung gestellt werden und radikaler Abbau der intoleranten Maßnahmen der „kranken Kassen“. Weg von Rationierung in offener und verdeckter Form für die Leistungen gegenüber den Bürgern oder die Vergütung für die Personen und Institutionen, die eine effiziente Versorgung sicherstellen können.
6. Intoleranz gegenüber der inhumanen Orientierung der vor Macht strotzenden „kranken Kassen“ und der auf Legislaturperioden einseitig fokussierten Gesundheitspolitik. Wir fordern eine tolerante Ausrichtung der Versorgung unter Berücksichtigung ethischer Grundsätze und der Menschenrechte und zwar in allen Bereichen der Versorgung / Behandlung / Betreuung aller Bürger, allen Geschlechts und jeglicher Herkunft.
7. Toleranz der Institutionen der Versorgung, wie Krankenkassen, politische Mandatsträger, im Wettbewerb stehenden ambulanten und stationären Einrichtungen, den Unternehmen der Pharmaindustrie, der Medizintechnik, der Medikalprodukteindustrie unter- und miteinander und Abbau der egozentrisch, egoistischen Verhaltensweisen und Umstellung zu einem ganzheitlichen Ansatz für den Erhalt und Ausbau der individuellen Versorgung / Behandlung / Betreuung aller Bürger in Deutschland.

8. Ausbau der Intoleranz gegen einseitige Interessen der „asozialen“ Marktwirtschaft, damit die bestehende Qualität der Versorgung der Bürger nicht noch mehr eingeschränkt werden muss.
9. Intoleranz gegenüber den bürokratischen Belastungen für die Bürger und alle Institutionen der Versorgung / Behandlung / Betreuung unter Nutzung der Methoden eines auf den Bürger ausgerichteten Managements und nicht gesteuert durch Schaffung von neuen Positionen der Verwaltung und unnötiger administrativer Belastung.
10. Tolerante Akzeptanz der demografischen Entwicklung unter Nutzung der vorhandenen Methoden der sozialen Marktwirtschaft und offene und konkrete Aufklärung für alle Bürger zu den Rechten und Pflichten in einer Solidargemeinschaft.

Unsere Bürger haben nach unserer Überzeugung ein Recht auf eine tolerante Versorgung / Behandlung / Betreuung und die Berufsgruppen und Institutionen haben ein Recht auf eine dem Aufwand entsprechende Vergütung, damit die Anzahl derer, die die Bürger kompetent versorgen können, nicht noch weiter abnimmt.

Wolfram-Arnim Candidus
Im Namen des Bundesvorstandes der
Bürger Initiative Gesundheit e.V.

Pressestelle:
Bürger Initiative Gesundheit e.V.
Beethovenstraße 2
86150 Augsburg
Tel: 0821 / 50867960 - Fax 0821 / 50867969
presse@buenger-initiative-gesundheit.de
www.buenger-initiative-gesundheit.de

(freigegeben zur Veröffentlichung)